

Europa-Info-Mail

für das Münsterland.

Frühjahr 2013

Dr. Markus Pieper, MdEP



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

das Schlimmste der Staatsschuldenkrise schien überwunden. Doch dann kamen die Wahlen in Italien und die zunehmenden staatlichen Übergriffe in Frankreich.

Für mich ist klar, dass wir in Europa nur mit Reformen, Schuldenabbau und wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen für Industrie und Mittelstand „die Kurve kriegen“. Die Politik von CDU/CSU und Kanzlerin Angela Merkel ist weiter gefragt. Wir leisten in Brüssel unseren Beitrag, zum Beispiel mit einer mittelstandorientierten Politik (s. Thema des Monats).

Mit freundlichen Grüßen

Markus Pieper, MdEP

Besuchen Sie meine Internetpräsenz:
www.markus-pieper.eu



Werden Sie mein Freund bei Facebook:
www.facebook.com/markus.pieper

Dr. Markus Pieper, MdEP

Europäisches Parlament . Rue Wiertz, ASP 15 E 217 . B-1047 Brüssel
Telefon +32-2-284.53.05 . Fax +32-2-284.93.05
markus.pieper@europarl.europa.eu . www.markus-pieper.eu

Europa-Info-Mail

für das Münsterland.

Frühjahr 2013

Dr. Markus Pieper, MdEP

Inhaltsverzeichnis

<i>Thema des Monats</i>	4
CDU/CSU-Gruppe gründet Mittelstandskreis.....	4
<i>Aus den Europäischen Institutionen</i>	5
Europawahlen - Termin	5
Verwaltungsverfahrensrecht.....	5
Gesellschaftsrecht - Aktionsplan.....	6
<i>Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz</i>	7
Luftqualität.....	7
Vermüllung der Meere	7
Aquakultur und Naturschutz	8
Tiertransporte	8
Arbeitszeitrichtlinie.....	9
Kinderschutz im Internet.....	10
Vorsicht beim Download	10
Elektronischer Zahlungsverkehr	11
Rezepte im Ausland	11
Innovationsbericht	11
<i>Wirtschaft, Energie, Verkehr</i>	12
Bruttoinlandsprodukt (BIP).....	12
SEPA - Leitfäden	12
Einzelhandel.....	12
Holzhandel	13
Militärgelände - Verkauf.....	13
Energiebinnenmarkt	14
Schiefergasförderung – Sachstand.....	14
Schiefergas – eine wichtige Option.....	15
Verkehrsnetz – Portal	16
Stadtsanierung	16
Netzausbau – grenzüberschreitend	17
Alternative Tankstellen	17
Einheitlicher Führerschein	18
Schienenlärm	18
<i>Förderung und Termine</i>	19
Innovationen im Wassersektor.....	19
Sonderprogramm für junge EU-Bürger	19

<i>Bildung und Soziales</i>	20
Europaweite Arbeitsvermittlung	20
Berufsanerkennung	20
Internationale Paare	21
Europa in der Schule	21
Europawoche 2013.....	21
Bildungssysteme	22
Schulpartnerschaften.....	22
Jugendarbeitslosigkeit	23
Hochschul-Ranking	23
<i>Sicherheit</i>	24
Bomben in Heimarbeit	24
<i>Regionales</i>	25
Arbeit für das Münsterland.....	25
Besucher in Brüssel.....	25
Besucher in Straßburg.....	25

Thema des Monats

CDU/CSU-Gruppe gründet Mittelstandskreis

19 Europa-Abgeordnete der deutschen CDU/CSU haben jetzt einen parlamentarischen Kreis für Belange des Mittelstands (PKM) gegründet. Ihr Einsatz gilt einer starken Währung und fairen Wettbewerbsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen. Markus Pieper (CDU) und Markus Ferber (CSU) sind die neugewählten Sprecher des "PKM Europe".

Innerhalb der EVP-Gruppe möchte man sich für die Belange des Mittelstandes noch besser vernetzen. Themen wie Basel 3, Berufsqualifikationen, Meisterbrief oder DIN-Normen erfordern zudem eine spezielle "deutsche Diskussion". Anstehende EU-Gesetzgebung wird der PKM deshalb im frühen Dialog mit der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU und mit dem Berliner PKM der CDU/CSU im Bundestag diskutieren. In Brüssel plant der neue Arbeitskreis einen intensiven Austausch mit Kammern und Wirtschaftsverbänden sowie spezielle Themenveranstaltungen für kleine und mittlere Unternehmen.

Aus den Europäischen Institutionen

Europawahlen - Termin

Das Parlament hat empfohlen, die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament von Juni auf Mai 2014 vorzuziehen und als mögliche Termine den 15. bis 18. oder den 22. bis 25. Mai 2014 vorgeschlagen. Damit bestehe eine bessere Möglichkeit, sich auf die im Juli 2014 anstehende Wahl des neuen Kommissionspräsidenten vorzubereiten. Zugleich werden die politischen Gruppierungen aufgefordert, eigene Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten zu benennen, die dann den Wahlkampf 2014 anführen. Auch sollen möglichst viele Mitglieder der nächsten Kommission von Abgeordneten des neu gewählten Europäischen Parlaments gestellt werden. Damit würde der Stimme des Wählers mehr Gewicht verliehen und ein Gleichgewicht mit dem Rat hergestellt werden. Bislang werden alle Kandidaten für die Kommission von den Regierungen nominiert. Nach dem EU-Vertrag wählt das Parlament den Kommissionspräsidenten und muss anschließend dem gesamten Kollegium seine Zustimmung erteilen. Die neue Kommission wird am 01.11.2014 ihre Arbeit aufnehmen.

Die Entschließung vom 22.11.2012 unter
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0462+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Verwaltungsverfahrenrecht

Das Parlament hat erneut ein einheitliches Verfahrensrecht für die EU-Institutionen gefordert. Eine von der Kommission auszuarbeitenden Verordnung soll für alle Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen der EU gelten und auf allen förmlichen Beschwerden und Petitionen Anwendung finden. U.a. soll den Bürgern eine schriftliche Eingangsbestätigung unter Angabe einer Frist für die Entscheidung zugeleitet und ggf. die zuständige Dienststelle benannt werden. Vor allem soll aber das Recht zur Anhörung, die Begründungspflicht von Verwaltungsakten, das Zustellverfahren und die Angabe von Rechtsbehelfen einheitlich geregelt werden.

Entschließung des Parlaments vom 15.1.2013 unter
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2013-0004&language=DE&ring=A7-2012-0369>

Aus den Europäischen Institutionen

Gesellschaftsrecht - Aktionsplan

Die Kommission hat in einer vorläufigen Fassung einen Aktionsplan zum EU-Gesellschaftsrecht vorgelegt, in dem künftige Initiativen im Bereich des Gesellschaftsrechts und der Corporate Governance umrissen werden. Der von der Kommission am 12. Dezember 2012 vorgelegte Aktionsplan enthält die geplanten Vorhaben für die Jahre 2013 und 2014. Schwerpunkte sind u.a. Initiativen zur Förderung des langfristigen Engagements der Aktionäre; Initiativen zur Transparenz zwischen Unternehmen und ihren Aktionären und Initiativen im Bereich des Gesellschaftsrechts.

Corporate Governance ist das Verhältnis zwischen der Führung eines Unternehmens, seinem Verwaltungsrat, Aktionären und anderen Interessengruppen. Das Parlament hatte bereits in seiner Entschließung vom 29. März 2012 umfassende Vorschläge zum Corporate Governance vorgelegt, die deutlich machen, wie wichtig es ist, transparentere, stabilere, zuverlässigere und stärker rechenschaftspflichtige Unternehmen in der EU mit einer verbesserten Corporate Governance zu schaffen.

Pressemitteilungen vom 12.12.2012 unter
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1340_de.htm

Der Aktionsplan (20 Seiten, vorläufige Fassung) unter
http://ec.europa.eu/internal_market/company/docs/modern/121212_company-law-corporate-governance-action-plan_de.pdf

Entschließung des Parlaments vom 14.7.2012 zur Zukunft des europäischen Gesellschaftsrechts unter
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2bP7-TA-2012-0259%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language=DE>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Luftqualität

56% der Europäer sind der Ansicht, dass sich die Luftqualität in den vergangenen zehn Jahren verschlechtert hat. In Italien sind 81% dieser Meinung; in Frankreich, Griechenland, Rumänien, Spanien, Ungarn und Zypern ist dies bei 70% bis 75% der Befragten der Fall. Das ist das Ergebnis einer Eurobarometer-Umfrage, die zwischen dem 24. und 27. September 2012 durchgeführt wurde. Während die Mehrheit der Befragten EU-weit eine Verschlechterung der Luftqualität sahen, waren es in Deutschland 32% und in Österreich 47%. Nur 16% der Europäer und 14% der Österreicher, aber 28% der Deutschen sehen eine Verbesserung der Luftqualität. Das die Luftqualität in den zurückliegenden Jahren gleich geblieben ist, meinen 24% der Befragten EU-weit, dagegen in Deutschland und Österreich 34%.

Oberste Priorität haben in Deutschland bei 57% der Befragten strikere Luftreinhaltungskontrollen in der Industrie- und Energieproduktion (Österreich 41%, EU27 43%). In Österreich sehen 44% der Befragten die oberste Priorität in finanziellen Anreizen beim Kauf schadstoffarmer Produkte, z.B. Steuervergünstigungen (Deutschland 39%, EU27 35%). An der Umfrage waren 25.525 EU-Bürger aus allen Mitgliedstaaten (Deutschland 1.000, Österreich 1.003) beteiligt.

Pressemitteilung der Kommission unter
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-6_de.htm

Ergebnisse für Deutschland unter
http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_360_fact_de_de.pdf

Ergebnisse für Österreich unter
http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_360_fact_at_de.pdf

Die vollständige Eurobarometer-Umfrage (Englisch, 187 Seiten) unter
http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_360_en.pdf

Vermüllung der Meere

Die EU will die Vermüllung der Meere wirksamer bekämpfen. Eine von der Kommission vorgelegte Übersicht zeigt, dass die einschlägigen Bemühungen bislang nicht ausreichend waren, die Verschmutzung der Meere wirksam zu bekämpfen. Mit der aktuellen Übersicht liegen jetzt Daten über den genauen Umfang und die Art des Problems vor. Bis 15. Oktober 2012 mussten die Mitgliedstaaten mit Meereszugang in einer ersten Beurteilung über die Qualität ihrer Meerestwasser, über ihre Definition des „guten Umweltzustands“ und über die Ziele, die sie erreichen wollen, berichten. Auf der Grundlage dieser Berichte will die Kommission bis 2013 ihre Bewertung veröffentlichen.

Eine ausführliche Pressemitteilung mit weiteren Informationen unter
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1221_de.htm

Eine aktuelle Übersicht über der vorliegenden Berichte unter
http://ec.europa.eu/environment/marine/eu-coast-and-marine-policy/implementation/scoreboard_en.htm

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Aquakultur und Naturschutz

Die Kommission hat einen Leitfaden für Aquakultur und Natura 2000 vorgelegt, in dem dargelegt wird, wie eine Übereinstimmung zwischen Aquakulturtätigkeiten und den Naturschutzvorschriften der EU sichergestellt werden kann. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung im Sinne der FFH-Richtlinie. In dem Leitfaden werden die potenziellen Risiken der Aquakultursysteme auf Natur, Fauna und Flora untersucht und erläutert, wie diese Risiken im Einzelfall bewertet und auf welche Weise sie minimiert oder gar vermieden werden können. Es werden auch bewährte Praktiken vorgestellt, die demonstrieren, wie die Entwicklung einer nachhaltigen Aquakultur mit dem Naturschutz in Einklang gebracht werden kann.

Aquakultur ist die kontrollierte Aufzucht von im Wasser lebenden Organismen, insbesondere Fischen, Muscheln, Krebsen und Algen, die im Unterschied zum herkömmlichen Fischfang einem Besitzer zuzuordnen sind. In der EU ist die Aquakultur in vielen Küsten- und Binnenregionen ein wichtiger Wirtschaftszweig und spielt für die Nahrungsmittelerzeugung eine immer größere Rolle, weil die meisten Wildfischbestände nahezu abgefischt oder bereits überfischt sind.

Pressemitteilung vom 5.12.2012 unter
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1313_de.htm

Leitfaden (bislang nur Englisch, 89 Seiten) für Aquakultur und Natura 2000:
<http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/docs/Aqua-N2000%20guide.pdf>

Tiertransporte

Das Parlament will die Transportbedingungen für Schlachttiere verbessern. Dabei stehen die Verhinderung übermäßig langer Fahrten zum Schlachthof und die Ausstattung der Transportfahrzeuge (Raumangebot und Versorgung mit Wasser) im Vordergrund einer Entschließung vom 12.12.2012. Damit reagiert das Parlament auf die Feststellung, dass immer mehr Tiere unter Missachtung der geltenden Vorschriften transportiert werden.

Pressemitteilung des Parlaments unter
<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20121207IPR04402/html/Bessere-Transportbedingungen>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Arbeitszeitrichtlinie

Die Verhandlungen zur EU-Arbeitszeitrichtlinie sind gescheitert. Zwischen den Sozialpartnern konnte keine Einigung zur Erweiterung der Wochenhöchst Arbeitszeit über 48 Stunden hinaus sowie zur Neubewertung der inaktiven Zeit während des Bereitschaftsdienstes für Ärzte erzielt werden. Damit ist die Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie, mit der den tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitswelt im 21. Jahrhundert Rechnung getragen werden sollte, im Verhandlungsverfahren gescheitert. Die Kommission hatte den Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern Gelegenheit gegeben, rechtsverbindliche Lösungen zu den Arbeitszeitregelungen zu finden, nachdem die Vorstöße der Kommission allesamt gescheitert waren. Eine Vereinbarung der Sozialpartner hätte vom Parlament und Rat umgesetzt werden müssen. Mit dem Abbruch der Verhandlungen ist nunmehr die Kommission gefordert, erneut einen eigenen Gesetzesvorschlag zur Änderung der Richtlinie vorzulegen. Die Kommission hatte 2004 Änderungen vorgeschlagen, die beispielsweise Bereitschaftsdienste, Mindestruhezeiten, die flexible Berechnung der Wochenarbeitszeit und die 48-Stunden-Begrenzung betrafen.

Für große Unruhe hatte anfangs die Frage gesorgt, ob und inwieweit der Geltungsbereich der Richtlinie ehrenamtliche Tätigkeiten in Feuerwehren und anderen Diensten umfassen wird. Diese Befürchtungen haben sich durch eine Klarstellung von Kommissar Andor erledigt, wonach letztendlich das nationale Recht maßgeblich sein würde. Sofern ehrenamtliche Helfer nach nationalem Recht nicht als Arbeitnehmer gelten, unterliegen sie nicht dem Anwendungsbereich der Richtlinie.

Pressemitteilung der Arbeitnehmerseite unter

<http://www.dgb.de/presse/++co++8fab0b78-45f9-11e2-8634-00188b4dc422>

Pressemitteilung der Arbeitgeberseite (Englisch) unter

<http://www.businesseurope.eu/content/default.asp?PageID=568&DocID=31075>

Umfassend zur Arbeitszeit-Richtlinie unter

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=706&langId=de&intPageId=205>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Kinderschutz im Internet

Das Parlament will Kinder beim Surfen im Internet besser schützen. Es stellt fest, dass Kinder durch das Internet hohen Risiken ausgesetzt sind. Vor diesem Hintergrund werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie zügig und fristgerecht umzusetzen. Weitergehend sollen Kommission und Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Ansatz zum Schutz von Kindern in der digitalen Welt entwickeln. Auch könnten durch Harmonisierung des Strafrechts und der Strafverfahren der Mitgliedstaaten weitere Verbesserungen erreicht werden. Zugleich werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Systeme für einen Rechtsanspruch auf Gegendarstellung in den digitalen Medien zu entwickeln und zu harmonisieren.

Die Kommission wird eindringlich aufgefordert, den Schutz von Kindern vor aggressiver oder irreführender Fernseh- und Online-Werbung zu den wichtigsten Prioritäten hinzuzufügen. Auch soll unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit der Hotline für vermisste Kinder ein Schnellwarnsystem für die Meldung von Straftaten, illegalen Inhalten und rechtswidrigem Verhalten entwickelt werden, das über eine in der gesamten EU wählbare Telefonnummer zu erreichen ist.

Entschließung des Parlaments 20.10.2012 zum Kinderschutz in der digitalen Welt unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2012-0353+0+DOC+XML+V0//DE>

Vorsicht beim Download

Kostenloser Downloads von Spielen kann sehr teuer werden, wenn die für das Weiterspielen benötigten virtuellen Gegenstände gekauft werden müssen. Nach neusten Untersuchungen durch die nationalen Behörden wurden auf fast 9 von 10 Websites Kunden nicht von Anfang an über die Kostenpflichtigkeit von Erweiterungen oder von ins Spiel eingebauten weiteren Kaufangeboten informiert. Die Kommission rät daher zur Vorsicht beim Online-Kauf von Spielen, Büchern, Videos oder Musik. Denn über 75% dieser Websites, die oft gezielt Kinder ansprechen, halten geltende Verbraucherschutzregeln nicht ein. Von den nationalen Behörden sind die betroffenen Unternehmen zu einer Stellungnahme oder zur Berichtigung ihrer Websites aufgefordert worden. Kommen sie dieser Aufforderung nicht nach, so müssen sie mit rechtlichen Schritten rechnen, die zur Verhängung von Geldbußen oder sogar zur Schließung von Websites führen können.

Weitere Einzelheiten in der Pressemitteilung der Kommission unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1320_de.htm

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Elektronischer Zahlungsverkehr

Im elektronischen Zahlungsverkehr sollen EU-weit alle Kartenlesegeräte alle Karten akzeptieren. Auch soll es keinen Unterschied machen, ob die Karten im Heimatland oder in einem anderen SEPA-Land verwendet werden. Das sind aus Verbrauchersicht die Kernforderungen des Parlaments in der Entschließung vom 20.11.2012 zum Thema „Ein integrierter europäischer Markt für Karten-, Internet- und mobile Zahlungen“. Das Parlament begrüßt die Bestrebungen der Kommission, einen integrierten europäischen Markt für den elektronischen Zahlungsverkehr zu schaffen. Das ist alternativlos angesichts der sich rapide wandelnden Kauf- und Zahlungsgewohnheiten, bei denen Zahlungen per Mobiltelefon, Onlinekäufe oder die Nutzung von Debitkarten im Ausland erfolgen.

Entschließung des Parlaments vom 20. November 2012 unter
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0426&language=DE&ring=A7-2012-0304>

Rezepte im Ausland

Ärztliche Rezepte sollen im EU-Land leichter eingelöst werden können. Dafür hat die Kommission EU-weit gültige Regeln verabschiedet, die eine ärztliche Verschreibung mindestens enthalten muss, damit sie im EU-Ausland eingelöst werden kann. Die neuen Regeln werden in Form einer Durchführungsrichtlinie erlassen. Jährlich werden in der EU schätzungsweise 2,3 Millionen Verschreibungen ausgestellt, die im Ausland vorgelegt werden. Für einige Patientengruppen, wie chronisch Kranke oder Patienten in Grenzregionen, spielen diese eine wichtige Rolle. Die EU-Länder müssen die neuen Vorgaben bis zum 25. Oktober 2013 umsetzen.

Pressemitteilung vom 20.12.2012 unter
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1422_de.htm

Innovationsbericht

Zwölf der sechzehn deutschen Bundesländer liegen im europäischen Innovationsranking vorn. Das geht aus dem am 06.11.2012 von der Kommission vorgelegten Regionalen Innovationsanzeiger hervor, in dem 190 Regionen in Europa nach ihren aktuellen Fortschritten analysiert werden. Nach Schweden (5 von 8 Regionen) und Finnland (3 von 5 Regionen) belegt Deutschland mit 12 von 16 Regionen den dritten Platz. Der Innovationsanzeiger analysiert verschiedene Kriterien für sein Ranking der Regionen, zum Beispiel Innovationen regionaler KMU, öffentlich-private Kooperationen im Forschungsbereich oder die Anzahl von Patenten, die aus den Regionen angemeldet werden.

Pressemitteilung der Kommission unter
http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10973_de.htm

Das Memo auf Englisch unter
http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-12-834_en.htm

Der Bericht (Englisch, 76 Seiten) unter
http://ec.europa.eu/enterprise/policies/innovation/files/iris-2012_en.pdf

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das BIP ist in der EU sehr ungleich verteilt. Die Bandbreite bewegte sich pro Kopf bezogen auf einen EU-Durchschnitt von 100% zwischen -54 % Bulgarien und +171% Luxemburg, gefolgt von den Niederlanden mit +31%, Irland und Österreich mit +29%, Schweden +27%, Dänemark +25% und Deutschland auf Platz 7 mit +21%. Im Verhältnis zu 2009 hat sich Luxemburg um 16%, Schweden um 7%, Deutschland um 6%, Österreich und Dänemark um 2% verbessert, während sich die Niederlande und Irland um 1% verschlechtert haben.

Weitere Einzelheiten in der Pressemitteilung von eurostat unter http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-12-180_de.htm

SEPA - Leitfäden

Das Kürzel SEPA steht für "Single Euro Payments Area" (Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum). Mit SEPA soll der Zahlungsverkehr im europäischen Wirtschaftsraum harmonisiert und mit einheitlichen Zahlungsverkehrsprodukten - wie Überweisungen und Lastschriften - abgewickelt werden. Es gibt zwei neue Leitfäden zur Einführung von „SEPA“. Ein von den Kommunalverbänden und kommunalnahen Einrichtungen in Baden-Württemberg veröffentlichter Leitfaden gibt den Kommunen zu den wichtigsten Handlungsfeldern bei der SEPA-Einführung Hinweise und Empfehlungen, ergänzt durch konkrete Praxisbeispiele. Damit können sie interne Umstellungsarbeiten vor der eigentlichen Umstellung durch die Rechenzentren vorbereiten. Die Umstellung in den Rechenzentren erfolgt im Herbst 2013. Eine vom DIHK veröffentlichte Broschüre informiert die Unternehmen über die anstehenden Änderungen bei Überweisungen und Lastschriften und wie sie sich dafür optimal vorbereiten können. Die Broschüre "Für 2014 auf SEPA vorbereiten" ist gemeinsam mit dem Bundesverband deutscher Banken erarbeitet worden.

SEPA-Leitfaden Baden-Württemberg (99 Seiten) unter http://www.gemeindetag-bw.de/download/files/SEPA_Leitfaden_BW_Stand_2013_01_18.pdf

Die Broschüre des DIHT(30 Seiten) unter http://www.darmstadt.ihk.de/linkableblob/2110958/.3./data/Broschuere_Fuer_2014_auf_SEPA_vorbereiten-data.pdf

Einzelhandel

Die Kommission hat einen Aktionsplan zum Einzelhandel und ein Grünbuch über unlautere Handelspraktiken vorgelegt. Zugleich wurde ein öffentliches Konsultationsverfahren eingeleitet, in dem auf die im Grünbuch gestellten Fragen zu Diskussion gestellt werden. Damit wird u.a. der Forderung des Parlaments in der Entschließung vom 5.7.2011 nachgegangen, einen Europäischen Aktionsplan für den Einzelhandel vorzulegen. Mit der von der Kommission in dem Aktionsplan dargelegten Strategie sollen die Wettbewerbsfähigkeit des Einzelhandelssektors und seine Wirtschafts-, Sozial- und Umweltleistung gesteigert werden.

Der Aktionsplan unter http://ec.europa.eu/internal_market/retail/docs/130131_retail-action-plan_de.pdf#maincontentSec1

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Holzhandel

Ab 3. März 2013 müssen Produzenten nachweisen, dass das von ihnen vermarktete Holz nicht aus Raubbau oder illegalem Anbau kommt. Dazu gehören u.a. Informationspflichten zur Art und Herkunft des Holzes sowie Verfahren zur Einschätzung und Reduzierung des Risikos, dass das Holz aus illegalem Einschlag stammen könnte. Das sieht die EU Holzhandels-Verordnung vor, deren Umsetzung in nationales Recht z.Zt. im Bundestag beraten wird (BT DS 17/12033). Danach soll in Deutschland die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung die zuständige Überwachungsbehörde sein, soweit es um die Einfuhr von Holz oder Holzprodukten nach Deutschland geht, in allen anderen Fällen die nach Landesrecht zuständigen Behörden. Zu den Aufgaben und Eingriffsbefugnissen der zuständigen Behörden gehören insbesondere Kontrollmaßnahmen und das Recht zur Beschlagnahme von Holz, bei dem der begründete Verdacht auf einen Verstoß gegen geltende EU Vorschriften bestehen.

EU – Holzhandels - Verordnung vom 20. Oktober 2010 unter
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:295:0023:0034:DE:PDF>

Entwurf eines Holzhandels-Sicherungs-Gesetz (BT DS 17/12033) unter
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/120/1712033.pdf>

Militärgelände - Verkauf

Beim Verkauf von Militärgelände an Kommunen ist EU-Recht zu berücksichtigen. Das hat Kommissar Almunia auf eine parlamentarische Anfrage am 8.1. 2013 erklärt. Gefragt worden war, ob eine Anmeldung als Beihilfe in Brüssel erforderlich ist, wenn ehemalige militärische Liegenschaften an Städte und Gemeinden unter Marktpreis verkauft werden, um sie für den sozialen Wohnungsbau zu verwerten. Der Kommissar u.a. wörtlich: „Die Anwendung des DAWI-Beschlusses auf den von der Frau Abgeordneten vorgebrachten Sachverhalt setzt in jedem Fall voraus, dass sämtliche in diesem Beschluss festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind. Dann braucht die Maßnahme nicht nach den EU-Beihilfavorschriften angemeldet zu werden.“ Das DAWI-Paket bietet den Mitgliedstaaten einen einfacheren Rahmen, qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen zu fördern. Anlass für die parlamentarische Anfrage ist eine Gesetzesentwurf der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 17/10334), wonach künftig beim Verkauf von Bundeswehrliegenschaften nicht nur wirtschaftliche Tatbestände, sondern gleichrangig auch strukturpolitische Ziele des Bundes, der Länder und der Kommunen Berücksichtigung finden müssen.

Antwort vom 8.1.2013 auf die Parlamentarische Anfrage unter
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=P-2012-010647&language=DE>

DAWI-Beschluss vom 20.2.2011 (15 Seiten) unter
http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/speeches-statements/pdf/decision_de.pdf

Gesetzesentwurf der Bundesregierung unter
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/103/1710334.pdf>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Energiebinnenmarkt

Die Kommission drängt auch im Interesse der Verbraucher auf die Umsetzung der Energiebinnenmarkt- und Wettbewerbsregeln. Bis 2014 soll ein effizienter, vernetzter und transparenter EU-weiter Energiemarkt entstehen, der eine sichere Energieversorgung zu den geringstmöglichen Kosten bietet. In einer Mitteilung vom 15.11.2012 werden die Mitgliedstaaten zu stärkeren Anstrengungen bei der Umsetzung der bestehenden EU-Rechtsvorschriften aufgefordert, insbesondere beim Abbau von marktverzerrenden staatlichen Eingriffen in den nationalen Energiemärkten.

Pressemitteilung der Kommission unter

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1214_de.htm

Mitteilung vom 15.11.2012 „Ein funktionierender Energiebinnenmarkt“ unter

http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/doc/20121115_iem_0663_de.pdf

Umfassende Informationen zum Energiebinnenmarkt unter

http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/internal_market_de.htm

Bürgerinfo der Kommission unter

http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/doc/20121115_iem_citizens_summary_de.pdf

Schiefergasförderung – Sachstand

Die USA betreiben die Schiefergasförderung bereits in großem Stil. Der Schiefergas-Boom in den USA hat bereits zur Folge, dass dort die Gaspreise fallen und das Land innerhalb weniger Jahre vom Gas-Importeur zum Exporteur geworden ist. Nach Schätzungen wird die einheimische Erzeugung in den USA bis 2035 voraussichtlich 46% der Gasversorgung ausmachen. Unter den EU-Staaten gibt es keine einheitliche Meinung zur Schiefergasförderung. In Estland wird bereits Öl aus Ölschiefer hergestellt; Polen sieht in der Schiefergasförderung ein erhebliches Potenzial mit einem geschätzten Vorkommen von über 5 Billionen Kubikmetern, womit in Polen 380 Jahre lang geheizt werden könnte. Dagegen haben Frankreich und Bulgarien ein Moratorium für die Exploration von Schiefergas in Kraft gesetzt.

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Schiefergas – eine wichtige Option

Das Parlament sieht in der Schiefergasförderung eine Option, Europas Energiesicherheit zu erhöhen und die Abhängigkeit von Importen zu verringern. Daher sollte das europäische Potenzial der Schiefergas- und Schieferölrressourcen ausgewertet und kartografiert werden. Zugleich wird vom Parlament ein stabiler EU-Rechtsrahmen für "Fracking" gefordert, um zu gewährleisten, dass die höchsten Sicherheitsstandards und die besten zur Verfügung stehenden Technologien, sowie die besten operativen Praktiken bei der Exploration und Produktion von Schiefergas zur Anwendung kommen.

Ein Fracking-Moratorium wurde vom Parlament abgelehnt. In zwei Entschlüssen vom 21.11.2012 wurde zugleich Untersuchungs- und Regelungsbedarf hinsichtlich einheitlicher EU-Vorgaben umfassend dargelegt. Festgestellt wurde aber auch, dass jedes EU-Mitglied im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips das Recht hat, selbst über die Exploration und Förderung von Schiefergas zu entscheiden.

Pressemitteilung des Parlaments vom 21.11.2012 unter <http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20121116IPR55711/html/Schiefergas-Abgeordnete-fordern-stabilen-Rechtsrahmen-f%C3%BCr-Fracking>

Entschlüsse des Parlaments vom 21.11.2012:

1. Initiativbericht der Berichterstatterin Niki Tzavela „Industrie-, Energie- und anderen Aspekten von Schiefergas und -öl (2011/2309(INI))“ unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0444&language=DE&ring=A7-2012-0284> und

2. ergänzender Initiativbericht des Berichtstatters Bogusław Sonik „Umweltauswirkungen von Tätigkeiten zur Gewinnung von Schiefergas und Schieferöl (2011/2308(INI))“ unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0443+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Verkehrsnetz – Portal

Es gibt jetzt ein Portal zum transeuropäischen Verkehrsnetz. Mit dem neuen Onlinedienst wird aktuell über satellitengestützte dynamische Landkarten und mit Fakten, Zahlen und verschiedene audiovisuelle und interaktive Elementen über Fortschritte beim Aufbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes informiert. So können Bürger und Unternehmen live mitverfolgen, wie der Ausbau der Verkehrsnetze quer durch Europa voranschreitet. Insbesondere wird es den Nutzern ermöglicht, durch „Einzoomen“ auf einen bestimmten TEN-V-Abschnitt in einer bestimmten Region oder auf einen bestimmten Nahbereich, die Entwicklung des TEN-V-Netzes in der eigenen Region „live“ mitzerleben. Die zur Unterstützung des TEN-V-Netzes gesammelten und bereitgestellten Daten werden jetzt auch für andere Bereiche der Verkehrspolitik und andere Verkehrsprojekte genutzt, etwa im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, von Eurostat oder in der Umwelt- und der Regionalpolitik.

Das TENtec-Portal unter

http://ec.europa.eu/transport/infrastructure/tentec/tentec-portal/site/index_en.htm

Stadtsanierung

Das Parlament hat die Bedeutung der Stadtsanierung betont. Es begrüßt in einer Entschließung den Vorschlag der Kommission, dass mindestens 5 % der Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung zur Verfügung gestellt und „ohne zu strenge Bindung“ den Städten zur Verwaltung übertragen werden. Die 5%ige Mittelbindung wird dabei ausdrücklich als Minimalziel bezeichnet. Zugleich betont das Parlament die enge Verflechtung zwischen Stadtsanierung und wirtschaftlicher Wiederbelebung. Dafür werde ein neues Konzept benötigt, u.a. mit Maßnahmen zur Verhinderung des städtischen Verfalls und zur Förderung der Entwicklung von armen Gebieten und Randgebieten. In der Entschließung werden u.a. folgende Schwerpunkte einer künftigen Stadterneuerung angesprochen:

- Gemeinsame Projekte und Partnerschaften mit Vereinen und Bürgern;
- Ausarbeitung von Plänen für den Schutz und die Erneuerung von Wohngebieten;
- Mittel-/langfristige Aktionspläne für städtische Gebiete im Bereich des nachhaltigen wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts;
- Maßnahmen zur Bekämpfung von Energie-Ineffizienz durch die funktionale Erneuerung von Gebäuden und durch den Bau ressourceneffizienterer Wohngebäude, einschließlich Sozialwohnungen.

Schließlich wird der sehr hohe Wert von Grünflächen und Stadtparks für das natürliche, geschichtliche und kulturelle Erbe angesprochen, die dazu beitragen, das Mikroklima zu regulieren und die sozialen Erfordernisse und Erholungsbedürfnisse zu befriedigen.

Entschließung des Parlament zur Stadtsanierung als Beitrag zum Wirtschaftswachstum im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik vom 15.1.2013 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2013-0001&language=DE&ring=A7-2012-0406>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Netzausbau – grenzüberschreitend

Die Genehmigungsverfahren für neue Strom- und Gasnetze soll nicht länger als drei Jahre und sechs Monate dauern. Dazu sollen die Mitgliedstaaten vom Parlament durch eine Verordnung verpflichtet werden. Dabei geht es um neue Leitungen, die grenzüberschreitend sind oder für mindestens zwei Mitgliedstaaten Vorteile bringen. Für diese privilegierten „Vorhaben von gemeinsamem Interesse“ gibt es jetzt auf europäischer Ebene eine politische Einigung über Leitlinien zum Netzausbau. Grundlage der Einigung ist ein von der Kommission am 19.10.2011 vorgelegtes Infrastrukturpaket. Eine Projektliste, auf die diese Beschleunigungsregelung Anwendung finden soll, wird für Mitte 2013 erwartet. Die Verordnung muss nun vom Europäischen Parlament und vom Rat noch offiziell verabschiedet werden.

Pressemitteilung der Kommission vom 28.11.2012 unter
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1288_de.htm

Entwurf einer Verordnung über Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur vom 19.10.2011 (53 Seiten) unter
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0658:FIN:DE:PDF>

Ein Memo zum Infrastrukturpaket der Kommission vom 19.10.2011 unter
http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-11-710_de.htm

Alternative Tankstellen

In Europa soll das Tankstellen-Netz für alternative Kraftstoffe ausgebaut werden. Ein von der Kommission vorgelegtes Maßnahmenpaket enthält verbindliche Zielvorgaben für die Mitgliedstaaten hinsichtlich einer Mindestinfrastruktur für saubere Kraftstoffe wie Elektrizität, Wasserstoff, Biokraftstoffe, komprimierte (CNG) und flüssiges (LNG) Erdgas. Bis 2020 sollen entlang des transeuropäischen Verkehrsnetzes alle 400 km entsprechende Tankstellen eingerichtet werden. Mit dem Konzept soll den neuen Antrieben und Kraftstoffen zum Durchbruch verholfen werden.

Pressemitteilung:
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-40_de.htm

Ausführlich Hinweise in einem Memo (Englisch) unter
http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-24_en.htm

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Einheitlicher Führerschein

Seit dem 19. Januar 2013 werden EU-weit nur noch einheitliche Führerscheine ausgestellt, in Form einer Plastik-Scheckkarte im Standardformat und mit effektiveren Sicherheitsmerkmalen. Die in der EU im Umlauf befindlichen 110 Führerscheintypen bleiben gültig, müssen aber bis 2033 ausgetauscht werden. Ein europäisches Datenaustauschsystem soll Informationen zwischen nationalen Behörden erleichtern, u.a. zur Bekämpfung von Fälschungen und „Führerscheintourismus“. Die neuen Führerscheine für PKW- und Kraftradfahrer müssen je nach Mitgliedstaat alle 10-15 Jahre erneuert werden; in Deutschland und Österreich nach 15 Jahren, aber ohne erneute ärztlichen Untersuchungen oder behördliche Prüfungen. Im Rahmen der Erneuerung werden alle Informationen, Lichtbilder und die Sicherheitsmerkmale auf den Karten auf den aktuellen Stand gebracht. Für Bus- und LKW-Fahrer ist alle 5 Jahre eine Erneuerung sowie eine ärztliche Untersuchung vorgesehen. Die neuen Regeln sehen außerdem vor, dass Fahrer, die in Zukunft starke Krafträder fahren wollen, mindestens 24 Jahre alt sein und Fahrerfahrung auf schwächeren Krafträdern von mindestens 4 Jahren nachweisen müssen. Für Kleinkrafträder wurden zudem Mindest- und Prüfungsanforderungen eingeführt bzw. verschärft.

Pressemitteilung unter

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-25_de.htm

Schienenlärm

Deutschland unterstützt die Umrüstung von Güterwagen auf lärmreduzierte Bremssysteme. Die Übernahme von 50% der entstehenden Kosten bei Umrüstung von den lärmintensiven Graugussbremssohlen auf die um 50% geräuscharmeren Verbundstoffbremssohlen ist zulässig. Die Kommission hat festgestellt, dass diese Umrüstungsbeihilfe mit den EU-Beihilfavorschriften vereinbar ist, da der Beihilfebetrag dem aus der Umrüstung resultierenden Maß an Geräuschminderung entspricht. Zwar gibt es bereits seit 2005 Geräuschgrenzwerte für Schienenfahrzeuge. Fahrzeuge mit Grauguss-Klotzbremsen können diese Grenzwerte jedoch nicht einhalten, d.h. Neufahrzeuge, insbesondere Güterwagen, müssen andere Bremsarten verwenden. Wegen der Lebensdauer von ca. 40 Jahren bei Güterwagen und die Beschränkung der Geräuschgrenzwerte auf Neufahrzeuge sind aber kurzfristig keine nennenswerten Lärminderungen im Schienenverkehr zu erreichen.

Die bestehende deutsche Güterwagenflotte ist derzeit grundsätzlich mit Graugussbremssohlen ausgerüstet, die gegenüber Verbundstoffbremssohlen wesentlich lauter sind. Durch die vom Bund geförderte Umrüstung der vorhandenen Güterwagen werden die Rollgeräusch im laufenden Betrieb auf die Hälfte reduziert.

Pressemitteilung unter

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1415_de.htm

Zum Pilot- und Innovationsprogramm "Leiser Güterverkehr" (Stand 31.12.2011) unter

http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/BNetzA/Sachgebiete/Eisenbahnen/Mitteilungen/AG3Abschlussbericht31122011.pdf?__blob=publicationFile

Förderung und Termine

Innovationen im Wassersektor

Innovative Lösungen im Bereich Wasserbewirtschaftung werden gefördert. Dafür stehen 2013 40 Mio. EUR zur Verfügung, mit denen der Zeitraum zwischen Innovation, Marktreife und Marktdurchdringung verkürzt werden soll. Dafür werden im Rahmen der Innovationspartnerschaft (EIP) „Wasser“ private und öffentliche Akteure zusammengeführt, die in der Lage sind, innovative Ideen u.a. in folgenden Bereichen zu vermarkten: Wiederverwendung und Wiederaufbereitung von Wasser; Wasser- und Abwasserbehandlung; Wasser und Energie; Risikomanagement im Falle wasserbedingter Extremereignisse. Jetzt sind u.a. die Kommunalverwaltungen und die Wasserwirtschaft, Unternehmen und Forschungseinrichtungen und die wassernutzende Industrie aufgefordert, bis zum 4. April 2013 Projekte vorzulegen, die die Wasserverluste reduzieren und die Wasserentnahme auf unter 20% der erneuerbaren Wasserressourcen begrenzen.

Weiteres in der Pressemitteilung vom 18.12.2012 unter
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1386_de.htm

Sonderprogramm für junge EU-Bürger

Die Bundesagentur für Arbeit fördert junge Menschen aus Europa bei einer Arbeits- oder Ausbildungsaufnahme in Deutschland. Für das auf zwei Jahre ausgelegte Programm stehen bis zu 40 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 18 bis 35 Jahren können dieses Programm in Anspruch nehmen. Das Programm schafft in Deutschland für ausbildungsinteressierte junge Menschen deutliche Erleichterungen beim Zugang zum dualen Ausbildungssystem. Die Förderung soll z.B. in Form von Gutscheine für Sprachkurse im Heimatland oder in Deutschland gewährt werden. Die genauen Umsetzungsschritte, die Förderinstrumente und das Antragsverfahren werden zurzeit festgelegt. Zentrale Anlauf- und Bewilligungsstelle soll die Auslands- und Fachvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit in Bonn (Villemombler Straße 76 53123 Bonn) werden.

Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit unter
http://www.arbeitsagentur.de/nn_27044/zentraler-Content/Pressemeldungen/2012/Presse-12-039.html

Zur zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesanstalt unter
http://www.arbeitsagentur.de/nn_29928/Navigation/zentral/Servicebereich/Kontakt/Kontakt-Ziel.html

Bildung und Soziales

Europaweite Arbeitsvermittlung

Die europaweite Mobilität von Arbeitskräften soll stärker gefördert werden. Der Schwerpunkt der europäischen Arbeitsverwaltung (EURES) soll daher künftig nicht mehr auf Information, sondern auf der Arbeitsvermittlung liegen und zwar für Branchen und Berufe, in denen Arbeitskräftemangel herrscht.

Pressemitteilung unter
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1262_de.htm

Das EURES-Portal unter
<http://ec.europa.eu/eures/home.jsp?lang=de>

Berufsanerkennung

Die EU-weite Anerkennung von Berufsabschlüssen wird weiter ausgebaut. Damit soll Arbeitssuchenden die Arbeitsaufnahme im EU-Ausland erleichtert werden, u.a. durch Beschleunigung des Anerkennungsverfahrens und eine Anpassung an neue Berufsbilder. Nachdem am 23.1. 2013 der Binnenmarktausschuss mit einem Kompromiss den Stolperstein „Krankenschwesterabitur“ aus dem Weg geräumt hat, wird mit der Verabschiedung der Novelle im Parlament im Mai gerechnet. Kernpunkt der Neuregelung ist die Einführung des Europäischen Berufsausweises, der Berufstätigen beim Wohnortwechsel und Stellungsuche innerhalb der EU den Nachweis von Qualifikationen, Fähigkeiten, Kenntnissen und Referenzen erleichtert soll. Damit werden gravierende Hindernisse beseitigt, die heute bei der grenzüberschreitenden Arbeitssuche bestehen.

Des Weiteren soll zum Schutz der Patienten durch ein Warnsystem verhindert werden, dass Ärzte und Krankenschwestern im EU-Ausland in ihrem Beruf weiter arbeiten, denen wegen eines Vergehens in ihrem Heimatland die Berufsausübung untersagt worden ist. Künftig dürfen im nationalen Zulassungsverfahren auch Sprachkenntnisse von Ärzten getestet werden, weil die Fähigkeit zur Kommunikation mit Kollegen und Patienten von grundlegender Bedeutung ist. Damit werden zentrale Vorschläge umgesetzt, die das Parlament mit seiner Entschließung vom 25.11.2011 in die Beratungen der Novelle eingebracht hat. Die Abstimmung über die Richtlinie ist im Plenum am 22.05.2013 vorgesehen.

Pressemitteilung des Parlaments (Englisch) unter
<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20130121IPR05411/html/Professional-skills-card-will-ease-mobility-in-the-EU-say-internal-market-MEPs>

Die Entschließung des Parlaments vom 25.11.2011 unter
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0490+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Kommissionsvorschlag vom 19.11.2011 unter
http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/docs/policy_developments/modernising/COM2011_883_de.pdf

Bildung und Soziales

Internationale Paare

Es gibt jetzt eine Webseite für internationale Paare. Damit wird Ehepaaren und Partnerschaften mit unterschiedlicher Staatsangehörigkeit Informationen zum Scheidungs- und Güterrecht angeboten. Die von den Notaren Europas erstellte Webseite informiert über das in den 27 Mitgliedstaaten geltende Recht und beantwortet in 21 Sprachen u.a. folgende Fragen:

- Welche güterrechtlichen Folgen hat die Scheidung / Trennung?
- Welches Recht ist auf die Vermögenswerte eines Paares anwendbar?
- Was sieht das Recht für die Vermögenswerte eingetragener und nicht-eingetragener Partnerschaften vor?
- Welche güterrechtlichen Folgen hat der Tod eines Ehegatten / Partners?

In der EU leben ca. 16 Millionen internationale Paare. Von 2,4 Millionen Ehen, die im Jahr 2007 eingegangen wurden, weisen 13% (310.000) einen internationalen Bezug auf. Von den 211.000 Partnerschaften, die 2007 in der EU registriert wurden, waren 41.000 international geprägt.

Die Webseite unter

<http://www.coupleseurope.eu/de/home>

Pressemitteilung der Bundesnotarkammer:

http://www.bnotk.de/9:860/Pressemitteilungen/2012/pm_bnotk_121109.html

Europa in der Schule

Im Schuljahr 2012/13 wird ein internationaler Online-Wettbewerb angeboten. Der Europäische Wettbewerb in Kooperation mit eTwinning ermöglicht es den Lehrkräften, in einem geschützten virtuellen Klassenzimmer (TwinSpace) gemeinsam mit Schülern und Lehrern aus anderen europäischen Ländern Wettbewerbsbeiträge zu europäischen Themen zu erarbeiten. Die Aufgabenstellungen sind interdisziplinär angelegt, so dass sie auch fächerübergreifend bearbeitet werden können. Die Zusammenarbeit mit den anderen Schülergruppen findet in der Regel auf Englisch statt und fördert so interkulturelle und sprachliche Fähigkeiten.

Weiteres unter

<http://www.netzwerk-ebd.de/news/etwinning-im-europaeischen-wettbewerb/>

Europawoche 2013

Die Europawoche 2013 wird in der Zeit vom 4. bis 12. Mai stattfinden. Auch in diesem Jahr wird der EU-Projekttag an Schulen wieder in der Europawoche durchgeführt, um das Interesse der Schülerinnen und Schüler für die Europäische Integration zu wecken und ihr Verständnis für das Funktionieren der EU zu vertiefen. Daher besuchen zahlreiche Politiker aus Land und Bund sowie Vertreterinnen europäischer Institutionen Schulklassen im ganzen Land und stehen für Diskussionen zur Verfügung.

Bildung und Soziales

Bildungssysteme

Es gibt eine graphische Darstellung der Struktur von 39 Bildungssystemen in Europa. Das vom europäischen Bildungsnetz Eurydice für das akademische Jahr 2012/13 für jedes Land erstellte Diagramm umfasst die Bereiche Primar- bis Tertiärbereich.

Die Veröffentlichung (Englisch, 12 Seiten) unter

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/facts_and_figures/education_structures_EN.pdf

Schulpartnerschaften

Schulpartnerschaften fördern die Fähigkeiten von Schülern und Lehrkräften. Das hat eine Untersuchung von 50 Schulen in 15 europäischen Ländern ergeben, die 2009-2011 im Rahmen des Programms "Comenius" Partnerschaftsprojekte durchgeführt haben. Die größte Wirkung zeigte sich bei denjenigen Schülern, die an einem Austausch mit einer Partnerschule teilnahmen. Sieben von zehn Schulen gaben an, dass sich die Partnerschaften stark bis sehr stark auf das Kulturbewusstsein und die kulturelle Ausdrucksfähigkeit sowie die soziale Kompetenz und die Bürgerkompetenz der Schüler auswirkten. An zweiter Stelle wurden Computerkenntnisse (54%) und die Fähigkeit genannt, sich in einer Fremdsprache zu verständigen (52%). Die Arbeit mit Schulen im Ausland hat ferner dazu beigetragen, dass der Zusammenhalt innerhalb der Schule gestärkt und der Kontakt mit den Behörden vor Ort intensiviert wurde.

Zu einer Partnerschaft schließen sich mindestens zwei Schulen aus mehreren europäischen Ländern zusammen; diese legen dann ein gemeinsames 2-Jahres-Projekt vor, mit dem Ziel, die Unterrichtsqualität zu verbessern und gemeinsam neue Ideen oder Austauschinitiativen zu erarbeiten. Im Zentrum der Projekte stehen Interessenschwerpunkte der Schüler, bildungsbezogene Themen, die in den betreffenden Ländern gerade aktuell sind, sowie von den Schulen selbst festgelegte Prioritäten. Die Zahl der seit 2007 von der EU geförderten Comenius-Projekte beläuft sich auf 7000.

Pressemitteilung unter

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1352_de.htm

Die Studie (Englisch, 418 Seiten) unter

<http://ec.europa.eu/education/documents/more-information/mobility-study-report.pdf>

Eine Zusammenfassung der Studie (Deutsch) unter

http://ec.europa.eu/education/news/20121211_de.htm

Bildung und Soziales

Jugendarbeitslosigkeit

Die EU-Mitgliedsstaaten sollen für ihre Jugend eine Beschäftigungsgarantie abgeben. Nach dieser „Jugendgarantie“ sollen alle unter 25-jährigen innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nach Verlust ihres Arbeitsplatzes ein gutes Angebot für eine Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsstelle bzw. für eine Weiterbildung erhalten. Das ist aber rechtlich nur eine Empfehlung und es gibt von der Kommission auch keine konkreten Vorschläge, wie die Mitgliedstaaten die Jugendgarantie realisieren sollen. Für die Umsetzung ihrer Vorschläge können die EU-Staaten auf EU-Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds und Regionalfonds zurückgreifen. Auch soll der Austausch von Good Practice unter den Mitgliedstaaten gefördert werden. In mehr als 13 EU-Staaten sind über ein Viertel aller Menschen unter 25 Jahren arbeitslos. In Griechenland und Spanien liegt die Jugendarbeitslosenquote sogar bei über 55 %. EU-weit sind mindestens 30% der Arbeitslosen im Alter bis 25 Jahren schon seit mehr als 12 Monaten arbeitslos. In Deutschland ist sie bei unter 25-jährigen im europaweiten Vergleich mit 8% am niedrigsten. In Deutschland haben Regierung und Wirtschaftsverbände 2004 in einem Ausbildungspakt vereinbart, jedem ausbildungsfähigen und -willigen jungen Menschen eine Stelle zu verschaffen.

Pressemitteilung der Kommission unter
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1311_de.htm

Hochschul-Ranking

Die Kommission bereitet ein neues internationales Hochschulranking vor. Weltweit können sich 500 Universitäten und Hochschulen an dem neuen System "U-Multirank" beteiligen. Anders als die bestehenden internationalen Rankings soll sich das neue Ranking nicht nur auf Forschungsleistungen beschränken. Vielmehr werden die Hochschulen in 5 Kategorien bewertet: Renommee der Forschung, Qualität von Lehre und Lernumfeld, internationale Ausrichtung, Abschneiden beim Wissenstransfer (z. B. Partnerschaften mit Betrieben und Unternehmensgründungen) und regionales Engagement. Damit können sich die Nutzer ein realistischeres Bild davon machen, was die jeweilige Einrichtung zu bieten hat. U-Multirank bietet darüber hinaus jedem Nutzer auch die Möglichkeit, sich anhand seiner individuellen Prioritäten ein persönliches Ranking zu erstellen. Umgesetzt wird U-Multirank im Zeitraum 2013-2014. Danach soll das Ranking von einer unabhängigen Einrichtung verwaltet werden. Erste Ergebnisse werden für Anfang 2014 erwartet.

Pressemitteilung unter
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1373_de.htm

Weiteres zu "U-Multirank" unter
<http://www.u-multirank.eu/>

Zu den Vorarbeiten zu diesem neuen Hochschulrankings siehe auch Pressemitteilung vom 11.12.2008 unter
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1942&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Sicherheit

Bomben in Heimarbeit

Das Parlament hat den Zugang zu Grundsubstanzen für Sprengstoffe erschwert. Bestimmte Alltags-Chemikalien, aus denen auch Laien Sprengstoffe herstellen können, sind verboten bzw. mittels einer Meldepflicht strengeren Kontrollen unterworfen worden. Damit wird es Terroristen erschwert, aus frei im Handel verfügbaren chemischen Stoffen Bomben zu bauen. Bei vielen Terrorangriffen der vergangenen Jahre, wie z.B. beim Anschlag auf die U-Bahn in London und bei den Bombenattentaten in Norwegen, kamen Bomben zum Einsatz, die aus Chemikalien hergestellt worden waren, die für jedermann leicht zugänglich sind. Dazu rechnen u.a. Düngemittel, Wasserstoffperoxid, das in Geschirrspülmitteln Verwendung findet oder Schwimmbadreiniger. Zwar benötigen Käufer für einschlägige Chemikalien (Hydrogenperoxid, Nitromethan und Salpetersäure) auch künftig keine Genehmigung. Die Händler müssten jedoch jeden Verkauf registrieren und über jegliche "verdächtigen Transaktionen" Meldung erstatten, z.B. wenn ein Kunde ungewöhnlich große Mengen kaufen will. Für Chemikalien mit hohem Risiko und in hohen Konzentrationen muss jedoch künftig jeder Käufer eine Genehmigung für rechtmäßige Endverwendungen vorlegen.

Pressemitteilung des Parlaments unter

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20121116IPR55706/html/Terrorismusbek%C3%A4mpfung-Bombenbasteln-erschwert>

Der Verordnungsentwurf über das Inverkehrbringen und die Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0473:FIN:DE:PDF>

Bericht vom 11.09.2012 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2012-0269&language=DE#title1>

Regionales

Arbeit für das Münsterland

Bei meiner Arbeit in Straßburg und Brüssel möchte ich die Interessen des Münsterlandes stärken. Dazu beispielhaft einige regionale Aktivitäten/Ortstermine der vergangenen Wochen:

- Jahres-Journalistenfrühstück, Greven
- CDU Borken "Europa-Frieden-Sicherheit" mit Verteidigungsminister Thomas de Maiziere, Werner-von-Siemens-Gymnasium, Gronau
- Neujahrsempfang der CDU Wetter
- Jahresempfang IG Rathaus Wersen
- Arbeitsgespräch mit dem Landesverband des Deutschen Roten Kreuz DRK-Westfalen-Lippe zur "Novellierung des Rettungsdienstgesetzes" in Münster
- Ausschuss Europa und Eine Welt des Landtags NRW zum Thema Regionalförderung sowie Teilnahme an der CDU-Fraktionssitzung, Landtag NRW, Düsseldorf
- Bürgermeisterkonferenz Coesfeld in Nottuln
- Deutsch-Niederländische Euregio-Konferenz im Sportschloss Velen

Besucher in Brüssel

- Fridtjof-Nansen-Realschule Gronau
- Kaufmännische Schulen Rheine
- Wirtschaftsschulen Steinfurt

Besucher in Straßburg

- Berufskolleg Warendorf